



Betriebsleiter Sammy Ziesing informiert Hessens Justizminister Roman Poseck über die Kugelschreibermontage. Rechts im Bild: der Leiter der Arbeitsbereiche, Lars Willisch.

Foto: Stefan Scharkop

# Pionierarbeit in der Prävention

Hessens Justizminister Roman Poseck besucht die JVA Dieburg / „Tätertraining contra häusliche Gewalt“

Von Stefan Scharkop

**DIEBURG.** Auf großen weißen Blättern hat eine kleine Gruppe Männer geschrieben, was Gewalt bedeutet und was sie für Folgen hat. Was ist der Nutzen, was sind die Kosten? Für die Partnerinnen, die Kinder, für die Täter selber?

Die Blätter hängen an einem nicht gerade gewöhnlichen Ort – an der Wand der Kapelle in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dieburg.

Was die Männer eint? Sie sind Insassen der JVA und auf die eine oder andere Weise gewalttätig geworden gegenüber ihren (ehemaligen) Partnerinnen und nehmen teil am „Tätertraining contra häusliche Gewalt“. Dabei handelt es sich um ein präventives Unterstützungs- und Beratungsangebot

zur nachhaltigen Verhaltensänderung und dient primär dem Opferschutz. Die Täter sollen lernen, sich in die Opferrolle zu versetzen und sich soziale Verhaltens- und Handlungskompetenzen sowie gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien anzueignen. Das Ziel ist klar: Wege vermitteln für eine gewaltfreie Beziehung.

Seit Oktober 2017 wird einmal jährlich ein deliktspezifischer Kurs in der JVA angeboten. Damit ist Dieburg die erste Justizvollzugsanstalt in Hessen, die ein solches Tätertraining anbietet – ein Alleinstellungsmerkmal. An dem Kurs können auch Inhaftierte aus anderen JVAs teilnehmen.

Von dem Programm konnte sich nun Hessens Justizminister Roman Poseck (CDU) ein

Bild machen, als er am Montag die Altstadt 25 besuchte. „Die JVA Dieburg leistet mit dem Trainingskurs wichtige Pionierarbeit in der Prävention und für den Opferschutz“, sagte er und: „Bei meinem Besuch wurde deutlich, dass das Training eine wertvolle Bereicherung des bereits breiten Behandlungsangebotes ist und von den Gefangenen gut angenommen wird.“

Die JVA Dieburg ist zuständig für den Strafvollzug an männlichen erwachsenen Gefangenen von bis zu 24 Monaten sowie für die Zivilhaft wie Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erziehungshaft an Verurteilten aus allen hessischen Landgerichtsbezirken außer Kassel.

Wie der Leiter der Anstalt,

der Leitende Regierungsdirektor Klaus-Dieter Vogt, sagte, verfügt die Anstalt über 270 Haftplätze im geschlossenen und zwölf im offenen Vollzug; belegt ist sie derzeit mit 252 Personen. Wie Vogt auf Nachfrage sagte, können aber auch Männer, die wegen schwererer Straftaten zu deutlich längeren Haftzeiten verurteilt wurden, ihre Reststrafen von zwei Jahren in Dieburg absitzen. Das gilt dann, wenn sie ein familiäres Umfeld im Dieburger Einzugsgebiet haben, das sich günstig auf die Resozialisierung auswirkt.

Auffällig ist, dass immer mehr Häftlinge psychische Probleme wegen ihres Drogenkonsums aufweisen. „Waren es früher zehn Männer, sind es heute um die 30“, so Vogt. Grund dafür sei vor allem, dass immer mehr neuartige Drogen auf den Markt kämen mit den entsprechenden Wirkungen. Einige Gefangene der

Dieburger JVA waren beispielsweise im Frankfurter Bahnhofsviertel „aktiv“. „Sind die Inhaftierten erstmal clean, können wir ihnen einen strukturierten Tagesablauf anbieten“, so Vogt.

### Mitarbeiter werden gesucht

Beispielsweise in einer der Werkstätten; eine davon besuchte auch der Minister. Dort montieren die Insassen Kugelschreiber, die über einen Anbieter weltweit vertrieben werden. Mit dieser Arbeit finanzieren die Gefangenen einen Teil ihres Bedarfs in der JVA, und sie können Geld zurücklegen für die Zeit draußen. Poseck: „Werkbetriebe bieten den Gefangenen nicht nur eine sinnvolle Beschäftigung, sondern auch eine Perspektive. Arbeit erleichtert die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach der Haftstrafe. Durch unterschiedliche Beschäfti-

gungsangebote wie in der Schlosserei, Schreinerei oder im Malerbetrieb soll sichergestellt werden, dass vorhandene Fähigkeiten berufsbezogen eingesetzt und gegebenenfalls verbessert werden können.“

Nachdem der Hessische Landtag vergangene Woche dem Doppelhaushalt der Landesregierung zugestimmt hat, könne nun der Justizvollzug mit 43 weiteren Stellen in diesem und im kommenden Jahr deutlich gestärkt werden, sagte Justizminister Roman Poseck.

Gestärkt werden soll auch die JVA Dieburg. Dort sind zurzeit sechs Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst nicht besetzt. Um neue Mitarbeiter wird nun verstärkt geworben: „In einer JVA zu arbeiten, ist eine anspruchsvolle Tätigkeit. Das ist weit mehr als nur Schließdienst.“

## ERSATZFREIHEITSSTRAFEN

Wenn eine vom Gericht verhängte Geldstrafe nicht bezahlt oder abgearbeitet wird, kann die Rechtspflege der zuständigen Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl erwirken und die Strafe muss dann als Ersatzfreiheitsstrafe in einer Justizvollzugsanstalt abgesessen werden. Das ist durchaus problematisch, weil jeder Hafttag in der Staatskasse mit rund 150 bis 170 Euro zu Buche schlägt, das heißt, die Kosten können weit höher sein als die ausstehende Summe. Außerdem werden die Verurteilten durch die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe aus ihrem Umfeld gerissen, was in vielen Fällen drastische Auswirkungen hat.

Das hessische Projekt „Auftrag oh-

ne Antrag“ zielt darauf ab, die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen durch die Vermittlung von gemeinnütziger Arbeit, Ratenzahlungen oder sogar direkten Zahlungen abzuwenden. Der Name des Projekts rührt daher, dass die örtlichen Träger des Projekts tätig werden, ohne dass die Verurteilten hierauf hingewirkt hätten. Gemeinsam mit dem Verurteilten werden Wege gesucht, die Geldstrafe zu begleichen. So ist es auf der Website des Justizministeriums nachzulesen. Durch dieses Programm können Haftzeiten verkürzt und Kosten in beträchtlichem Maße eingespart werden.

Ein älteres Projekt heißt „Auftrag mit Antrag“, bei dem die Verurteilten aktiv auf die Vollstreckungsbe-

hörden zugehen, um Lösungen zur Tilgung von Geldstrafen zu finden.

Eine Initiative deutscher Juristen spricht sich dafür aus, solche Freiheitsstrafen analog eines bestimmten Umrechnungsmodus von Geld in Haftzeit zu verkürzen; dafür sprach sich auch Justizminister Roman Poseck aus.

Haftstrafen bei der sogenannten Beförderungerschleichung, im Volksmund „Schwarzfahren“ genannt, generell abzuschaffen, davon hält Poseck nichts. Das sei auch nicht im Sinne der Verkehrsbetriebe und der Fahrgäste, die für jede Fahrt zahlten. Es gehe auch um Generalprävention. Kompromisse seien aber möglich, etwa wenn es sich um Erstverurteilte handelt. (ssc)